

Newsletter 1/2016

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Leserinnen und Leser!

nach den letzten Landtagswahlen ist klar: Wir haben ein Problem mit Rechtspopulismus. Rechte Einstellungsmuster sind längst nicht mehr nur in Randgruppen zu finden, sondern finden verstärkt in der Mitte der Bevölkerung Gehör und Zustimmung. Dementsprechend gilt erhöhter Handlungsbedarf: Sowohl präventiv als auch interventiv; sowohl bei Betroffenen als auch bei denen, die sich mit rechten Aussagen identifizieren können.

Distanzierung und Ausstieg war daher auch das zentrale Thema der vergangenen Sitzung des Beratungsnetzwerkes (BNW) Hamburg, auf der intensive Einblicke in Beratungsprozesse mit Sympathisanten rechter Ideologien gegeben wurden. Der Referent der Sitzung, Diplom-Kriminologe Dr. Nils Schuhmacher von der Hochschule Esslingen, beleuchtet in diesem Newsletter weiterführend die Frage „Was heißt schon ‚aussteigen‘?“ und kommt zu interessanten Erkenntnissen.

Über die Kehrseite der rechten Strömungen – die Auswirkungen und Beratungsbedarfe aufgrund rechter Aktivitäten – berichten auf den nachfolgenden Seiten das Mobile Beratungsteam (MBT) sowie die Betroffenenberatung empower.

Außerdem gibt es Rück-, Ein- und Ausblicke auf Ausstellungen, Fortbildungen und Tagungen.

Wir wünschen viele Anregungen beim Lesen!

Ihr BNW-Team

Inhalt

1. Internationale Wochen gegen Rassismus: Ausstellung zum NSU
2. Einblicke in Ausstiegsprozesse:
 1. BNW-Sitzung 2016
3. Kurswechsel: Neue Angebote
4. Mobiles Beratungsteam: Mehr Vorfälle, mehr Beratungen
5. empower: Gewaltpotenzial nimmt zu
6. Tipps und Termine

1. Internationale Wochen gegen Rassismus: Ausstellung zum NSU

Anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus Mitte März hat die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) auf die Agenda gesetzt und im Rahmen einer Ausstellung und eines Senatsempfanges thematisiert: Vom 1. bis 17. März 2016 wurden in der Diele des Hamburger Rathauses auf 22 Bannern Einblicke in die Biografien der NSU-Opfer gegeben sowie Hintergründe zu den Rechtsterroristen erläutert. Am 11. März fand begleitend ein Senatsempfang mit der Ausstellungsmacherin Birgit Mair vom Nürnberger Institut für sozialwissenschaftliche Forschung,

Bildung und Beratung sowie der Ombudsfrau der Bundesregierung für die Hinterbliebenen der NSU-Opfer, Prof. Barbara John, statt.

Nach aktuellen Ermittlungen hat der NSU zwischen den Jahren 2000 und 2007 mindestens zehn Menschen ermordet: neun Migranten und eine Polizistin. Zu den Opfern gehört auch Süleyman Taşköprü aus Hamburg-Altona.

Infos zur Ausstellung: www.opfer-des-nsu.de.

2. Einblicke in Ausstiegsprozesse:

1. BNW-Sitzung 2016

Laut Verfassungsschutzbericht waren in den vergangenen Jahren relativ konstant rund 340 Personen aus Hamburg der rechtsextremen Szene zuzuordnen. Die Anhängerschaft ist jedoch deutlich weitreichender, ohne dass die Personen gleich vom Verfassungsschutz beobachtet und dementsprechend im Bericht notiert werden.

Insbesondere an junge Menschen mit Sympathien zur (extrem) rechten Szene richtet sich das Ausstiegs- und Distanzierungsangebot Kurswechsel des Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands e.V. (CJD e.V.), welches seit Ende 2014 von der BASFI gefördert wird. Kader und Funktionäre spricht das Ausstiegsangebot Ausstieg Rechts der ARUG im Auftrag der norddeutschen Bundesländer, darunter auch Hamburg, an. Vertreter dieser beiden Einrichtungen haben auf der ersten BNW-

Sitzung 2016 am 25. Februar über ihre Praxiserfahrungen berichtet und Einblicke in ihre wichtige Tätigkeit gegeben.

Was heißt schon „aussteigen“?

Input von außen gab Dr. Nils Schuhmacher, Diplom-Kriminologe von der Hochschule Esslingen, mit seinem Vortrag unter dem Titel „Was heißt schon ‚aussteigen‘“:

Dr. Nils Schuhmacher: „Neben der politischen Auseinandersetzung mit rechtsextremen Inhalten und Aktivitäten stellt die Auseinandersetzung mit den Trägerinnen und Trägern solcher Haltungen ein zweites Handlungsfeld dar, in dem vor allem nach der Pädagogik gefragt wird. Zielte pädagogische Arbeit immer schon darauf ab, dem Einstieg in den Rechtsextremismus präventiv entgegenzuwirken, so widmen sich spezielle Projekte seit gut 15 Jahren auch der Begleitung von sogenannten Ausstiegen.“

Was in der öffentlichen Diskussion dabei oft in den Hintergrund tritt, bringt der Kriminologe auf den Punkt: „Der Begriff ‚Ausstieg‘ schafft ein allzu eindeutiges Bild des Rechtsextremismus, wo es eigentlich nötig ist, zwischen verschiedenen Zugehörigkeitsmodellen, Hin- und Abwendungsmotiven sowie -niveaus zu unterscheiden und gleichzeitig auch die beweglichen Grenzziehungsprozesse zwischen ‚dem Extremen‘ (‚Die‘) und ‚dem Normalen‘ und Akzeptierten (‚Wir‘) in den Blick zu nehmen.“

Diese Notwendigkeit sei laut Schuhmacher deutlich gewachsen, wenn man bedenkt, dass sich das Feld des Rechtsextremismus in Bezug auf Ideologie, Programmatik und Struktur in jüngster Zeit weiter ausdifferenziert hat und seine Konturen auch dadurch verwässern, dass sich Phänomene wie ‚Pegida‘, die ‚AfD‘, Bürgerinitiativen gegen Flüchtlingsheime nicht mehr ohne Weiteres ‚hier‘ oder ‚dort‘ einsortieren lassen. Damit schließt ‚Distanzierungsarbeit‘ an den genannten Umstand an, dass aktuelle Problemlagen in Teilen gar nicht mit ‚Rechtsextremismus‘ in Verbindung stehen, sondern in einer ‚politischen‘ Mitte verortet sind.

„In diesem Sinne ist es allgemein treffender, bei Abwendungen vom Rechtsextremismus von ‚Distanzierungen‘ statt von ‚Ausstiegen‘ zu sprechen“, betont Schuhmacher.

„Dies erfordert eine in zwei Richtungen weisende Vernetzungsarbeit: zum einen in Richtung unterschiedlicher Angebote der Sozialen Arbeit wie beim Case Management, zum anderen in Richtung einer pädagogischen Gesamtlandschaft, zu der auch Angebote gehören sollten, die sich nicht explizit unter dem Gesichtspunkt der Distanzierungsförderung an ‚rechte‘ und ‚rechtsaffine‘ Jugendliche richten“, so Schuhmacher abschließend.

Kontakt zu den Beratungsstellen zum Ausstieg bzw. zur Distanzierung:

Information und Beratung bei Distanzierungsprozessen und dem Ausstieg aus rechten

Zusammenhängen bietet in Hamburg das Projekt Kurswechsel – Ausstiegsarbeit Rechts

Träger: CJD Hamburg + Eutin

Telefon: 040-300 87 484

mobil: 0175-506 0163

www.kurswechsel-hamburg.de

Darüber hinaus bieten die fünf norddeutschen Bundesländer gemeinsam ein Ausstiegsangebot für rechtsextreme Kader und Funktionäre an.

Mit der Umsetzung dieses Angebotes wurde die Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) aus Braunschweig beauftragt.

Träger: Arbeit und Leben

Telefon: 0531-1233642, www.arug-zdb.de

3. Kurswechsel: Neue Angebote

Begleitend zur aktuellen Beratungstätigkeit hat das Distanzierungsprojekt Kurswechsel ein Fortbildungsangebot für Fachkräfte entwickelt, welches ab sofort in Anspruch genommen kann: Mit der Zielsetzung, im Alltag in „Tür- und Angel-Gesprächen“ Veränderungsimpulse bei rechts orientierten Menschen zu erwirken, lernen die Teilnehmer/innen das erforderliche Know-How und Handwerkszeug hierfür. Ergänzend ist eine Broschüre in Arbeit, die Hintergrundwissen und Empfehlungen zu Distanzierung und Ausstieg vermittelt. Interessenten wenden sich bitte direkt an Kurswechsel.

Angesichts der aktuellen Debatten im Rahmen der Geflüchtetenthematik und den dadurch

deutlich werdenden rechten Einstellungsmustern, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen, entwickelt Kurswechsel außerdem eine Internetstrategie, die Social Media mit einschließt und den rechten Strömungen und Aussagen im Word Wide Web entgegentreten will.

4. Mobiles Beratungsteam: Mehr Vorfälle, mehr Beratungen

Das Mobile Beratungsteam hat alle Hände voll zu tun: Rechte Schmierereien – auf Baustellen für Geflüchteteinrichtungen, aber auch beispielsweise an Parteibüros oder Einrichtungen zur Geflüchtetenunterstützung – finden sich vermehrt im Hamburger Stadtbild. Die Vorfälle an und Diskurse rund um die Silvester-Übergriffe in Köln, aber auch auf dem Hamburger Kiez, heizen Stimmungen und Aktivitäten gegen Geflüchtete weiter an, häufig werden die Diskussionen mit rassistischen Tönen geführt, wird sexualisierte Gewalt ethnisiert. Auch auf einer Demonstration gegen Sexismus auf der Reeperbahn unter dem Motto „Hände weg – wir sind kein Freiwild“ tauchen organisierte Neonazis aus dem Spektrum Widerstand Ost-West auf – die Veranstalter/innen hatten es unterlassen sich eindeutig von Rassismus abzugrenzen. Es kommt – zunächst virtuell - zur Gründung verschiedener sogenannter Hamburger Bürgerwehren. Ein reales Treffen einer der Gruppen kann verhindert werden, nachdem die Wirtin, die für das Treffen zunächst ihre

Räumlichkeiten zur Verfügung stellen wollte, darauf aufmerksam gemacht wird, dass der Administrator der bereits bestehenden Facebook-Gruppe eindeutig antisemitische Standpunkte vertreten hat. Sie erteilt der Gruppe Hausverbot. Inzwischen (April 2016) sind die drei Hamburger „Bürgerwehr-Facebookgruppen“ im Netz abgeschaltet.

Schlaglichter auf Vorfälle bis April 2016

Im Januar kommt es in Billstedt zu einem Wasseranschlag auf eine Unterkunft, die von einer Geflüchteten-Familie hätte bezogen werden sollen und machte diese unbewohnbar. Der Staatsschutz ermittelt.

Zollfahnder finden bei einem Hamburger Polizeibeamten Hunderte Waffen und zahlreiche Nazi-Devotionalien.

Die Identitäre Bewegung lädt erstmals seit längerer Zeit öffentlich zu einem Aktivist/innen-Treffen in der Metropolregion und berichtet in der Folge von verschiedenen Aktionen.

In Seevetal-Hittfeld, Stade, Boizenburg, Buchholz, Bad Oldesloe und Neumünster finden rechte, rassistische Demonstrationen statt.

Die NPD Hamburg ist mehrmals mit Infotischen in der Stadt präsent.

Verschiedene Bürgerinitiativen formieren sich und/oder verstärken ihren Protest gegen die in Hamburg geplanten Unterkünfte für Geflüchtete bis hin zu Blockadeaktionen an Bauplätzen. Hiermit einen angemessenen Umgang zu finden ist insofern herausfordernd, da sie ein breites

Spektrum an Personen, Haltungen und Forderungen abbilden, zwischen dem die Grenzen fließend sind.

Anlässe für Beratungen, Interventionen und Bildungskonzepte gab es im ersten Quartal 2016 für das MBT folglich reichlich. Insbesondere die Beratungsanfragen aus dem Bereich „Unterbringung von Geflüchteten“ sind stark angestiegen:

Beratungen zur Einschätzung von und zum Umgang mit (tendenziell) rechten Anwohnerinitiativen, zu Sicherheitskonzepten für Einrichtungen, Einzelberatungen zur psychosozialen Entlastung von Mitarbeiter/innen, die sich durch die Konfrontation mit dem Thema „Rassismus“ starken Belastungen ausgesetzt sehen, Teamkonflikte in der Frage nach der richtigen Strategie im Umgang mit rechten und rassistischen Agitationen, aber auch Rassismus unter den Klient/innen – die Beratungsanlässe deckten ein breites Spektrum ab. Beratungsnehmer/innen waren sowohl einzelne Einrichtungen verschiedener Träger, ganze Teams und einzelne Mitarbeiter/innen als auch deren Geschäftsführungs- und Regionalleitungsebene, Geflüchtetenselbstorganisationen, Sicherheitsdienste, Behörden- und Bezirksmitarbeiter/innen sowie nicht zuletzt ehrenamtlich Engagierte.

Die unterschiedlichen Entwicklungen in der (extrem) rechten Szene beleuchtet das MBT im fünften Monitoring-Bericht, der jüngst erschienen ist und unter www.beratung-gegen-rechts-

hamburg.de zum Download zur Verfügung steht. Betrachtet werden darin z.B. Hamburger Verbindungen zum NSU-Komplex, die Diskussionen zu den gewalttätigen Übergriffen in der Silvesternacht u.a. in Hamburg und Köln sowie das Engagement für Geflüchtete von Anwohner/innen aus dem Karolinenviertel.

5. empower: Gewaltpotenzial nimmt zu

Nach den sexuellen Übergriffen und Raubdelikten in der Silvesternacht in verschiedenen Städten in Deutschland und den darauf rassistisch und kulturalisierend erfolgten Debatten gab und gibt es in Hamburg verstärkt Angriffe auf Geflüchtete, Schwarze und Muslim/innen, stellt das Beratungsprojekt empower fest. Die Vorfälle umfassen Schmierereien von rechten Symbolen u.a. an religiösen Orten, die Verteilung von Hetzblättern gegen Geflüchtete sowie rassistisch motivierte körperliche und psychische Übergriffe. In Hamburg selbst wurden in verschiedenen Stadtteilen (u.a. Lokstedt und Hammerbrook) rassistische Drohbriefe und Aktionen gegen Geflüchtete adressiert. In den Fokus der Anfeindungen und Angriffe geraten empower zufolge zudem weiterhin Journalist/innen und Politiker/innen, die mit (Mord-)Drohungen konfrontiert werden.

Antisemitismus hat Konjunktur

Die Beratungskräfte von empower stellen zudem eine weitere Zuspitzung von antisemitischen Darstellungen, Reden und Handlungen

gen fest. Rechtspopulistische Parteien, Bürgerinitiativen sowie eine darüber hinausgehende Öffentlichkeit in Deutschland machen ein antisemitisches Sprechen verstärkt salonfähig. Dabei gehen die rassistischen und antisemitischen Aktionen nicht immer von rechts-extremen Akteur/innen aus. Die Täter/innen stammen häufig aus der Mitte der Gesellschaft.

Ebenfalls werden laut empower zunehmend Gewalterfahrungen in Verbindung mit Racial Profiling gebracht. Mit Racial Profiling wird die Methode bezeichnet, das physische Erscheinungsbild, etwa Hautfarbe oder Gesichtszüge, einer Person oder religiöse Symbole als Entscheidungsgrundlage für polizeiliche Maßnahmen wie Personenkontrollen, Ermittlungen und Überwachungen heranzuziehen. „In diesem Kontext haben wir immer mehr Unterstützungsbedarfe“, so empower.

Übergriffe und Bedrohungen in Sport, Schule und sonstigen Einrichtungen

Wie aus den Beratungsfällen zu erkennen, steigt das Gewaltpotenzial ebenfalls in den Bereichen Sport und Schule besorgniserregend an. Rassistische Positionen werden am Spielfeldrand sowie auf Pausenhöfen verstärkt auf verschiedenen Ebenen aggressiv geäußert und durch Gewalttaten umgesetzt. Beratungs- und Unterstützungsbedarfe für Einzelpersonen, Eltern sowie Mitarbeiter/innen aus Geflüchteten Unterkünften steigen dementsprechend an. Betroffene Jugendliche und Erwachsene berichten von Sprachlosigkeit, Wut und

Ohnmachtserfahrungen, welche mit dem Erleben dieser Gewaltformen verbunden sind. Die Dunkelziffer ist hoch, so empower.

Zu Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements wurde im Rahmen der Bildungsarbeit von empower ein Empowerment-Training in Kooperation mit amira – Beratung bei Diskriminierung wegen (zugeschriebener) Herkunft und Religion (verikom/ basis&woege e.V.) durchgeführt. Das Training fand im März im Kontext der NSU-Ausstellung im Hamburger Rathaus und der Internationalen Woche gegen Rassismus statt.

Um dem steigenden Beratungsbedarf gerecht zu werden, hat empower das Beratungsteam um eine Beraterin erweitert.

6. Tipps und Termine

BNW-Sitzung am 2. Juni 2016

In der zweiten BNW-Sitzung 2016 am 2. Juni werden die Übergriffe auf Unterstützer von geflüchteten Menschen im Mittelpunkt der Diskussion stehen und welche Auswirkungen diese auf die Arbeit der Mitglieder des Beratungsnetzwerkes haben. Gemeinsam wird überlegt: Wie können wir unsere Mitarbeiter/innen und Ehrenamtliche vor solchen Angriffen schützen, weiter motivieren und in ihrer wichtigen Tätigkeit bestärken?

Weitere planmäßige Sitzungstermine des BNW Hamburg sind der 8. September sowie der 17. November 2016.

Seminare von MBT und empower

Um verschiedene, wiederkehrende Anfragen besser bedienen können, bieten MBT und empower in den kommenden Monaten am Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF) fortlaufend verschiedene Seminare an. Zunächst stehen Trainings an, die sich dezidiert an ehrenamtlich Engagierte richten und sie unter dem Titel „Argumente gegen Stammtischparolen?!“ zu einem sichereren Umgang mit Rassismus befähigen sollen.

Auch in Kooperation mit der Lokalen Partnerschaft Harburg wird dieses Seminar an verschiedenen Terminen umgesetzt:

31.5.: Willkommensbüro Interkulturellen Forum (DRK Harburg, Hohe Straße 4); Kontakt Stephanie Grosshardt, Telefon 040/766 092 – 584, S.Grosshardt@drk-harburg.Hamburg

28.6: Cornelius Gemeinde (Dritte Meile 1); Kontakt Karin Robben (Lawaetz-Stiftung), Tel.: 0171/176 9011, robben@lawaetz.de

Für in der Geflüchteten-Unterstützung hauptamtlich Aktive werden durch das MBT am ZAF außerdem Seminare angeboten, die den

Umgang mit rassistischen und rechten Agitationen gegen Geflüchteten-Unterkünfte zum Thema haben.

empower und MBT werden außerdem im Herbst in Kooperation mit dem Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung praxisorientierte Workshops im Themenfeld Rechts und zu „Rassismuskritisches Handeln in der Migrationsgesellschaft“ durchführen.

Infos zum Fortbildungsangebot von Arbeit und Leben: <https://hamburg.arbeitundleben.de/pb>

Herausgeber:

Hamburger Landeskoordinierungsstelle des Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Adolph-Schönfelder-Straße 5, 22083 Hamburg und Johann Daniel Lawaetz-Stiftung, Neumühlen 16 - 20, 22763 Hamburg.

Kontakt: bnw-hamburg@lawaetz.de
www.hamburg.de/gegen-rechtsextremismus

Hamburg bekennt Farbe: PR-Material kostenlos bestellen

Bekennen Sie privat oder mit Ihrer Institution Farbe für Demokratie, Toleranz und Vielfalt:

- Aufkleber (Format 4 x 7 cm)
- Din A 2-Plakate mit Freifläche zum Eintragen eigener Veranstaltungen
- Papierfahnen
- Postkarten (umseitig bedruckt mit den Beratungsangeboten in der Stadt)

Jetzt kostenlos bei der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration bestellen unter publikationen@basfi.hamburg.de.